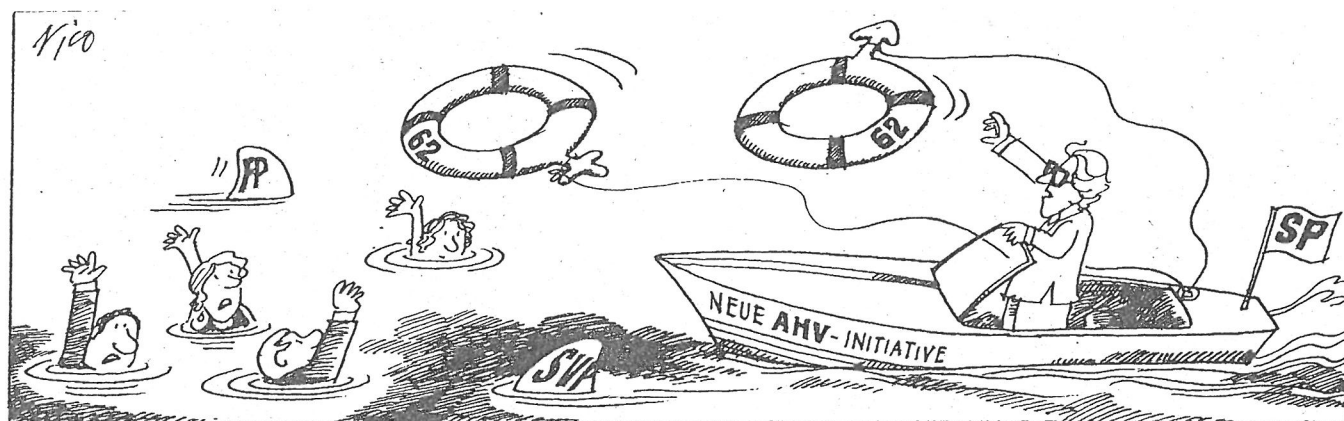




AHV: Linke in der Klemme

Mit Referendum oder Initiative gegen die Erhöhung des Frauen-Rentenalters?

Bern. – Die Linke sitzt bei der 10. AHV-Revision in der Klemme: Will sie die Erhöhung des Rentenalters der Frauen mit dem Referendum bekämpfen, so muss sie auch den übrigen Gehalt der Vorlage zu Fall bringen; es sei denn, der Nationalrat teile die Vorlage doch noch auf, aber danach sieht es im Moment nicht aus.

Jetzt ist eine neue Idee aufgetaucht, wie dem Referendums-Dilemma zu entgehen wäre. Seit dem Parteitag vom Wochenende hat der Vorstand der Sozialdemo-

kratischen Partei der Schweiz (SPS) den Auftrag, neben dem Referendum die Möglichkeit einer Volksinitiative zu prüfen. Parteistrategen möchten auf die Taktik der bürgerlichen Parteien, welche die 10. AHV-Revision mit dem höheren Rentenalter «angereichert» haben, mit einem ähnlichen Schachzug reagieren: Zunächst würde die Vorlage mit dem höheren Rentenalter geschluckt, um das Splitting zu retten. Doch dann soll der Parlamentsbeschluss, der das Rentenalter der

Frauen nach der Jahrtausendwende auf 64 anhebt, durch die Zustimmung zu einer entsprechenden Initiative wieder rechtzeitig ausser Kraft gesetzt werden.

Noch steht keineswegs fest, dass die Initiative das Wundermittel gegen das höhere Rentenalter ist. Wie erste Gespräche ergaben, gehen die Meinungen bei der SPS und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund noch auseinander. (vth.)

Bericht und Kommentar Seite 7

AHV-Alter 64 vors Volk

Bern. – Die SP sei bei der 10. AHV-Revision in eine Falle geraten, erklärte Bundesrätin Ruth Dreifuss vor den Delegierten. Die Partei könne der Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre nicht zustimmen. Mit einem Referendum bekämpfe sie aber auch die Verbesserungen wie Splitting und Betreuungsvorschriften. Auch sie denke über eine Volksinitiative nach, die das Frauen-Rentenalter auf 62 Jahre fest-

setze. Falls sich die Partei aber für die Initiative entscheide, könne sie das Referendum nicht unterstützen. Die beiden Vorgehensweisen widersprächen sich. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten im Anschluss an die Rede von Ruth Dreifuss eine Resolution, in der sie die Erhöhung des Rentenalters ablehnen und den Vorstand beauftragen, diese entweder mit Referendum oder Initiative zu bekämpfen. (ubu.)

Neue AHV-Initiative als Rettung?

Sozialdemokraten möchten das Renten-Splitting nicht aufs Spiel setzen

Die Absicht des Parlaments, das Rentenalter der Frauen zu erhöhen, hat einiges in Bewegung gebracht. Noch bevor die 10. AHV-Revision definitiv verabschiedet ist, werden Abwehrstrategien erörtert. So haben auch die Delegierten am SPS-Parteitag ihre Gremien beauftragt, alles zu unternehmen, um einen solchen Beschluss zu Fall zu bringen. Interessanterweise setzt die Partei nicht einfach auf das Referendum, sondern denkt auch an eine Volksinitiative.

■ VON VERENA THALMANN

«Im reichsten Land der Welt gibt es finanziell keinen Grund für Sozialabbau», heisst es in einer Resolution, der die SPS-Delegierten am Wochenende zugestimmt haben. Der Ständerat aber wolle die Kosten der AHV-Revision den Frauen überbinden. Falls auch der Nationalrat an diesem Beschluss festhält, will die Partei dafür sorgen, dass das Volk das letzte Wort hat. Um dies zu erreichen, werden zwei Möglichkeiten ins Auge gefasst:

- Ein Referendum gegen die Gesetzesvorlage oder
- eine Volksinitiative, welche die Erhöhung des Rentenalters verhindert und die Ruhestandsrente ab 62 für Frau und Mann bringt.

Referendum gefährdet Frauenanliegen

Das Referendum ist schon seit längerem im Gespräch. Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) hat bereits formell beschlossen, die Erhöhung des Frauenrentenalters mit dem Referendum zu bekämpfen. Auch für SPS und Gewerkschaften stand dieses Mittel bisher im Vordergrund. Falls die Vorlage in der heutigen Form verabschiedet wird, kann sie allerdings nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Das bedeutet, dass ein erfolgreiches Referendum auch den Wechsel zum Splittingssystem vereiteln würde, der den Frauen die lange erdauerte Gleichstellung bringen würde.

Aus diesem Grund haben verschiedene Gruppierungen nach Alternativen gesucht. Kurz vor der Ständeratsinitiative brachte dann Domaine public, ein linkes Diskussionsforum in der Romandie, die Idee der Initiative ins Gespräch. Konkret bedeutet dies, dass die 10. AHV-Revision zunächst mit dem höheren Rentenalter

akzeptiert werden müsste. Möglichst rasch würden dann die nötigen Unterschriften für eine Initiative gesammelt, welche die Erhöhung des Rentenalters für Frauen rückgängig macht, bevor sie im Jahr 2001 in Kraft tritt.

Vor allem die frühere Ständerätin und heutige Lausanner Stadtpräsidentin Yvette Jaggi setzt sich für diese Lösung ein. Sie sieht den grossen Vorteil darin, dass die Errungenschaften des Splittings damit nicht aufs Spiel gesetzt würden. Auch Bundesrätin Ruth Dreifuss hat die Initiative vor den SP-Delegierten als Möglichkeit erwähnt. Parteipräsident Peter Bodenmann scheint von dieser Lösung ebenfalls angetan.

Die Idee müsse aber erst mit den verschiedenen Gruppierungen, die am Widerstand beteiligt sind, eingehend diskutiert werden, sagt die bei der SPS für die Sozialpolitik zuständige Beatrice Pfister. Es gebe auch noch keinen Text. Erschwerend wirkt sich aus, dass die Partei, zusammen mit den Gewerkschaften, noch eine AHV-Initiative hängig hat. Diese enthält die Forderung einer Ruhestandsrente: Personen, die ihre Erwerbstätigkeit ganz oder hälftig aufgeben, sollen ab 62 Jahren eine ungekürzte ganze oder halbe Rente beziehen können.

Was geschähe mit der hängigen AHV-Initiative?

Nun gibt es offenbar Leute, die auf die bestehende Initiative setzen möchten. Andere denken, die Forderung der Ruhestandsrente sollte in eine neue Initiative übernommen werden – mit der Ergänzung, dass das Rentenalter der Frauen bis dahin nicht erhöht werden darf. In diesem Fall müsste die erste Initiative wohl zurückgezogen werden, meint Pfister.

Das ist auch ein wichtiger Grund, weshalb die Sachbearbeiterin des Schweizer

rischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Beatrice Despland, der Idee einer neuen Initiative wenig Sympathie entgegenbringt. «Für mich ist der Ausbau der AHV, den wir mit der Initiative fordern, eine zentrale Frage», erklärt sie. Der SGB habe sich aber mit der neuen Fragestellung noch nicht befasst.

Wollte die SPS den Weg der Initiative gehen, so müsste sie das Referendum verhindern können. Wäre der CNG bereit, darauf zu verzichten? Präsident Hugo Fasel gibt auf diese Frage keine klare Antwort: «Jedenfalls wollen wir ein ernsthaftes Wort mitreden und uns nicht instrumentalisieren lassen.» Er sagt aber offen, er sei von der Initiative wieder abgerückt, nachdem er die Idee zunächst originell gefunden habe. Man sollte das Volk jetzt seine Meinung äussern lassen, meint er.

Würde das Splitting überleben?

Die Gefahr, dass die sozialpolitischen Verbesserungen einem Referendum zum Opfer fallen würden, schätzt Fasel als klein ein. Man werde versuchen, den bereits in Kraft gesetzten Teil der 10. AHV-Revision zu verlängern. Und das Splitting werde bestimmt in der 11. Revision wieder aufgenommen. Auch in der CVP werde es niemand mehr wagen, das neue Rentensystem in Frage zu stellen, das wäre «politischer Selbstmord».

Diese Meinung teilt CVP-Präsident Anton Cottier aber gar nicht. Er betont im Gegenteil: «Würde die 10. AHV-Revision abgelehnt, kämen wir wieder mit der Einheitsrente.» Auf die Frage, ob es einige CVP-Exponenten möglicherweise darauf angelegt hätten, die Vorlage zu Fall zu bringen, sagt er: «Das glaube ich nicht.» Wenn im Nationalrat noch Verbesserungsvorschläge kämen, würden sie objektiv geprüft.

Eine Teilung der Vorlage, damit das Rentenalter separat beurteilt werden kann, lehnt er allerdings ab. «Wir brauchen die Mehreinnahmen», betont Cottier. Den Einwand, dass die von der CVP vorgeschlagene Einheitsrente beträchtlich teurer zu stehen käme, kontert er mit dem Hinweis auf Einsparungen bei anderen Versicherungsträgern und die Möglichkeit von langen Übergangsfristen.

KOMMENTAR

Den Widerstand nicht auf später verschieben

■ VON VERENA THALMANN

Der Countdown bei der AHV läuft. Noch ist die 10. Revision nicht verabschiedet, aber schon im September könnte es soweit sein. Kein Wunder deshalb, dass sich die Parteien ihre Strategien zurechtlegen. Allen voran die SPS, die den Widerstand gegen eine Erhöhung des Rentenalters massgeblich prägt.

Überraschend daran ist nur, dass die Partei die Idee einer neuen AHV-Initiative aufgegriffen hat, um eine Erhöhung des Frauenrentenalters zu bekämpfen. Ist das der ersehnte elegante Ausweg aus dem «grausamen Dilemma», in das – mit den Worten von Bundesrätin Ruth Dreifuss – das Referendum viele zu stürzen droht? Wohl kaum. Befasst man sich nämlich etwas näher mit der Materie, zeigen sich auch hier bald erste Schwierigkeiten:

- Zunächst braucht es einen Initiativtext, der eine gute Lösung für ein flexibles Rentenalter enthält und im Volk breite Zustimmung findet. Ob ein solcher Entwurf so rasch beizubringen ist? Die hängige AHV-Initiative kommt dafür kaum in Frage, da sie zu viele Angriffsflächen bietet.

- Dann gilt es zu verhindern, dass ein Referendum zustande kommt, weil sonst die Revision trotzdem scheitern könnte. Man müsste also die Leute, die gegen eine Erhöhung des Rentenalters sind, auf später vertrösten. Das dürfte nicht ganz einfach sein.

Überlassen wir die weiteren Abklärungen den Parteistrategen. Sie werden abzuwägen haben, welches Vorgehen mehr Erfolg verspricht. Im Moment ist eigentlich etwas anderes mindestens so wichtig: die Tatsache, dass die Vorlage noch nicht bereinigt ist. Der Nationalrat hat nämlich weiterhin die Möglichkeit, die Vorlage zu teilen, damit das Rentenalter separat beurteilt werden kann. Oder er kann sich den definitiven Entscheid auf später vorbehalten. Hier gilt es zurzeit anzusetzen.

Dabei liegt der Ball klar bei den Bürgerlichen, vorab bei der CVP. Leider muss vermutet werden, dass einem Teil dieser Partei ein Scheitern der Revision gar nicht ungelegen käme. Das zeigten gewisse Äusserungen in der Ständeratsdebatte, als beispielsweise behauptet wurde, das neue Rentensystem sei familienfeindlich. Dafür spricht ebenso die ungebrochene Vorliebe des CVP-Präsidenten für die Einheitsrente. Auch wenn er es anders sieht, könnte eine solche Haltung erklären, warum die Mehrheit der CVP mit den Freisinnigen für ein höheres Rentenalter eintritt.

Wahltag ist Zahltag. Diese Volksweisheit dürfte sich auch bewahrheiten, wenn nächstes Jahr viele Parlamente neu bestellt werden. Daran sollten die Politikerinnen und Politiker denken, bevor sie bei der AHV – was Umfragen belegen – die legitimen Bedürfnisse und Wünsche einer Mehrheit des Volkes missachten. Sonst werden sie (hoffentlich) ihren gerechten Lohn erhalten.